



EUROPA-AKTUELL

Reimer Böge

Mitglied des Europäischen Parlaments

September/Oktober 2013



Liebe Leserinnen und Leser,

das Wahlergebnis der CDU/CSU bei der Bundestagswahl ist der klare Regierungsauftrag an Bundeskanzlerin Angela Merkel. Das Ergebnis unterstreicht den Führungsanspruch der Union in Deutschland und für die Gestaltung Europas. Die Wählerinnen und Wähler haben ein starkes Europa und eine stärker integrierte Eurozone auf Grundlage von Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichen Reformen gewählt. In der Mitte Europas soll Deutschland ein zuverlässiges und erfolgreiches Land bleiben, mit stabilem Euro, sicheren und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen – ein Land des Zusammenhalts. Wer sich in Europa umsieht, weiß: Diese gute Entwicklung ist keine Selbstverständlichkeit. Wie bei der Kommunalwahl (38,9 Prozent) konnte die CDU in Schleswig-Holstein rund 39,2 Prozent der Wählerstimmen erreichen und genau wie bei der Bundestagswahl vor vier Jahren hat die CDU alle Flächenwahlkreise im Norden und Lübeck erobert.

Nun heißt es den erfolgreichen Kurs in Europa fortzuführen. Kommissionspräsident Barroso erinnerte in seiner Rede zur Lage der Union, Anfang September im Plenum des EPs in Straßburg, an den Zusammenbruch der Lehman Brothers Bank vor fünf Jahren und was seither alles im Finanzsystem und der Gesetzgebung verbessert wurde. Jetzt stelle sich die Frage, wie wir damit umgehen. Ich finde, wir sollten unsere Errungenschaften viel stärker würdigen und die Krisenstaaten in der EU sollten neuen Mut schöpfen, denn es gibt schon erste positive Zeichen einer wirtschaftlichen Gesundung. Die bisherigen Bemühungen müssen daher konsequent fortgesetzt werden. Ich gratuliere Kanzlerin Merkel zu diesem historischen Wahlsieg und freue mich, für ein starkes Europa und eine stärker integrierte Eurozone zu kämpfen. CDU und CSU bleiben eine treibende Kraft innerhalb der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und in Europa insgesamt.

Ihr
Reimer Böge

Ausgewählte Themen der letzten Plenartagungen in Straßburg/ Brüssel:

1.) Umweltaktionsprogramm (UAP)

Die Verhandlungen über das 7. Umweltaktionsprogramm sind abgeschlossen. Parlament und Rat haben sich auf den Rahmen für die europäische Umweltpolitik bis 2020 geeinigt. Die konkret vorgesehenen Maßnahmen entsprechen im Wesentlichen den Erwartungen, die das Parlament in seiner Entschließung vom 20.4.2012 für das 7.UAP umfassend formuliert hat. Danach ist u.a. vorgesehen, dass die Verhandlungen über einen rechtlichen Rahmen für den Bodenschutz auf EU-Ebene wieder aufgenommen und Klima- und Energieziele für 2030 verhandelt werden. Auch sollen bis 2010 nur noch Abfälle deponiert werden dürfen, die nicht recycelbar und rückgewinnbar sind. Neben der Schaffung eines Rahmens für nachhaltige Produktion und Konsum soll der Ressourcenverbrauch und der Meeresmüll verringert werden. Schließlich sollen die Städte bei der Verbesserung ihrer Nachhaltigkeit unterstützt werden. Im Parlament ist die abschließende Abstimmung für das erste Oktoberplenium vorgesehen.

2.) Naturkatastrophen

Das Parlament hat eine schnellere Reaktion auf Naturkatastrophen gefordert. In einer Entschließung wird vorgeschlagen, dass die Regeln zur Gewährung von Finanzmitteln aus dem EU-Solidaritätsfonds dahingehend vereinfacht werden, dass sie die um Unterstützung ersuchenden Staaten kurz nach Antragstellung und damit künftig schneller erreichen. Damit hat das Parlament auf das Hochwasser Ende Mai und Anfang Juni reagiert. In Aufnahme der Anregung des Parlaments hat die Kommission am 25.07.2013 einen Novellierungsvorschlag für den Solidaritätsfond vorgelegt, wonach die Kommission künftig bereits Anzahlungen leisten kann, sobald ein Mitgliedstaat Unterstützung beantragt hat. Es sollen Vorschusszahlungen in Höhe von 10 % der zu erwartenden Finanzhilfen gewährt werden, gedeckelt bei 30 Millionen Euro. Festgelegt wird auch, wer und was förderfähig ist und ein einheitlicher Schadensschwellenwert von 1,5 % des regionalen Bruttoinlandsprodukts definiert. Die Grundsätze des Fonds und seine Finanzierungsmethode bleiben unverändert. Seit 2002 haben 23 Länder rund 3,2 Milliarden Euro Unterstützung aus dem Fonds bekommen, Deutschland über 610 Millionen Euro (Flut 2002 und Sturm Kyrill) und Österreich 149 Millionen Euro. Deutschland hat wegen der diesjährigen Überschwemmungen Antrag auf Leistungen aus dem Solidaritätsfonds gestellt. Bei dem auf 8 Milliarden Euro geschätzten Gesamtschaden kann mit einer Finanzhilfe bis zu 363 Millionen gerechnet werden Die Hilfszahlung bedarf der Genehmigung durch das Parlament.

3.) Abwasser

Bei der Abwasserbehandlung liegen Österreich und Deutschland an der Spitze. Das zeigt der 7. Bericht über die Durchführung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser im Zeitraum 2009/2010. Der Bericht bewertet 27 Mitgliedstaaten. Unter dem Sammelbegriff „Kommunales Abwasser“ werden auch Abwässer aus Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft erfasst. Die wichtigsten Ergebnisse:

- Die Sammelquoten lagen sehr hoch. 15 Mitgliedstaaten sammeln 100 % ihrer gesamten Schmutzfracht, bei einem EU-Durchschnitt von 94%; bei 5 Mitgliedstaaten lagen die Einhaltungquoten unter 30 %.
- Die Einhaltungquoten bei der Zweitbehandlung (biologische Abwasserbehandlung) betragen 82 %, allerdings bei enormen Unterschieden zwischen den EU-15-Ländern (4 Länder mit 100%; 6 Länder mit 97% und mehr) und den EU-12-Ländern (durchschnittlich 39 %).
- Die Einhaltungquoten bei der weitergehenden Behandlung (Drittbehandlung) zur Bekämpfung der Eutrophierung oder zur Verringerung der bakteriologischen Verunreinigung lagen insgesamt bei 77 % (Österreich, Deutschland, Griechenland und Finnland 100 %) und in den EU-12-Ländern bei durchschnittlich 14% der Abwässer.

Der Bericht deckt nahezu 24 000 Städte mit mehr als 2 000 Einwohnern ab; dabei entfallen knapp 18 000 Städte mit 81 % der Schadstoffbelastung auf die 15 Mitgliedstaaten, die der EU vor 2004 angehörten. Ein Problemfeld ist die mangelhafte Einhaltung der Anforderungen in vielen „großen Städten“. Nur elf der 27 Hauptstädte in der EU verfügen z.B. über Kanalisationen und Kläranlagen, die den vor über 20 Jahren festgesetzten technischen Standards entsprechen.



Bild 1:

23.08.2013: Auf dem CDU-Kreisparteitag in Pinneberg forderte Reimer Böge, die Verkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein nachhaltig zu verbessern: "Wir als CDU werden uns aktiv für die Aufstellung eines "Masterplans Nordeuropäische Verkehrsinfrastruktur" einsetzen. Wir brauchen die A20 nicht nur für Schleswig-Holstein, sondern sie ist eine wichtige Lebensader für ganz Nordeuropa." Foto mit Ole Schröder MdB und Christian von Boetticher.

(Foto: Büro Böge)

4.) EU-Grundwasserrichtlinie

Die Kommission hat die Konsultation zur EU-Grundwasserrichtlinie eröffnet. Dabei geht es um die Standards der Grundwasserqualität und die Grenzwerte für Grundwasserschadstoffe und Indikatoren für die Wasserverschmutzung. Die Kommission muss alle 6 Jahre die Anhänge zur Grundwasserrichtlinie überarbeiten und ggf. Vorschläge zur Anpassung unterbreiten. Nach der Konsultation, die bis zum 22. Oktober 2013 läuft, ist ein Stakeholder-Workshop geplant. Die Reformvorschläge der Kommission sind für Anfang 2014 angekündigt worden.

5.) EU-Staatsanwaltschaft

Straftaten zulasten des EU-Haushalts sollen von einer Europäischen Staatsanwaltschaft verfolgt werden. Das wäre z.B. bei Veruntreuung von Fördergeldern oder Umgehung von Zöllen der Fall. Diese unabhängige Strafverfolgungsbehörde soll dezentral strukturiert und in die nationalen Rechtssysteme eingebunden sein. Sie soll die erforderlichen Maßnahmen ergreifen können, wie die Durchsuchung von Räumen und Computersystemen, die Beschlagnahme von Gegenständen und das Abhören von Telefongesprächen. Das steht aber unter der Voraussetzung, dass die einzelnen Maßnahmen von dem zuständigen nationalen Gericht genehmigt werden. Unter dieser Voraussetzung soll die EU-Staatsanwaltschaft in ihrem Zuständigkeitsbereich für das gesamte Strafverfahren von der Einleitung, den Gang und den Abschluss des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens sowie die Entscheidung über Anklageerhebung oder Einstellung des Verfahrens zuständig sein. Die Verfahren selbst sollen vor den zuständigen nationalen Gerichten stattfinden. Das sollen delegierte europäische Staatsanwälte in die Hand nehmen, die in den Mitgliedstaaten amtieren und von diesen ernannt werden. Die im Vertragswerk von Lissabon vorgesehene EU-Staatsanwaltschaft bedarf der Zustimmung des Parlaments und muss von den Mitgliedstaaten einstimmig befürwortet werden. Wird im Rat keine Einstimmigkeit erzielt, kann eine Gruppe von mindestens 9 Mitgliedstaaten eine verstärkte Zusammenarbeit beginnen. Die neue Staatsanwaltschaft soll zum 01.01.2015 ihre Arbeit aufnehmen. Zeitgleich mit der Initiative "EU-Staatsanwaltschaft" hat die Kommission eine Reform der Agentur der Europäischen Union für die strafrechtliche Zusammenarbeit (Eurojust) vorgeschlagen und eine Mitteilung über die Governance des EU-Betrugsbekämpfungsamts (OLAF) vorgelegt.

Pressemitteilungen:

1.) 30.09.2013: Europäisches Asylrecht längst beschlossene Sache

Verwundert zeigte sich der CDU-Europaabgeordnete und Landesvorsitzende der CDU-Schleswig-Holstein über Äußerungen des schleswig-holsteinischen Innenministers Andreas Breitner (SPD) in den Kieler Nachrichten. Breitner hatte dort, anlässlich des "Tags des Flüchtlings", ein "gemeinsames Asylrecht mit vergleichbaren rechtlichen und organisatorischen Verhältnissen in allen Staaten des Europäischen Union" eingefordert.

"Gemeinsame europäische Regeln sind schon seit 2002 in Kraft. Mit dem sogenannten Asylpaket II sind nun diese Regeln, dieses Jahr im Juni, auf ein neues verbessertes Niveau gehoben worden. Auf seiner Juni-Plenarsitzung, hat das Europäische Parlament grünes Licht für diese Regelungen ab Sommer 2015 gegeben", so Böge. "Anscheinend hat sich dies noch nicht bis zu Herrn Breitner rumgesprochen."

Mit dem sogenannten Asylpaket II sollen grundlegende Ziele erreicht werden:

- Schutz und Aufnahme für Menschen, die tatsächlich aus politischen, religiösen oder ethischen Gründen verfolgt werden;
- Die Umsetzung eines Bündels aus 6 verschiedenen Verordnungen und Richtlinien zu z.B. Mindeststandards für die Asylqualifikation; zur Datenbank über Fingerabdrücke; Mindeststandards für Asylverfahren und Mindeststandards für Aufnahmebedingungen.

So bleibt es weiter bei den bewährten Grundprinzipien, die schon bisher galten: Für die Bearbeitung von Asylanträgen ist der Staat zuständig, in dem ein Flüchtling zuerst europäischen Boden betritt und jeder Flüchtling kann in Europa nur einen Antrag stellen. Zudem gilt weiter die so genannte "Flughafenregelung", d.h. offensichtlich unbegründete Anträge können noch an der Grenze abgelehnt und die Einreise verweigert werden.

„Klare europaweite Regeln für Asylverfahren, klare Zuständigkeit zur Verhinderung von Asylshopping, vernünftige Mindestnormen für die Aufnahme, Schnellverfahren bei Missbrauch und Sicherheitsgefährdung sowie mehr Schutz für Folteropfer und ein Recht auf Bildung für Kinder - all das sind die Kennzeichen des neuen gemeinsamen Asylsystems“, so Reimer Böge abschließend.

2.) 23.09.2013: Wahlergebnis ist Grundlage für 11 Mandate

Zu einer ersten Nachbetrachtung des Bundestagswahlkampfes und Analyse des Wahlergebnisses trifft sich heute der erweiterte Landesvorstand der CDU Schleswig-Holstein mit den gewählten Kandidatinnen und Kandidaten in Kiel. "Das ist ein tolles Ergebnis für die Union! Die Wählerinnen und Wähler haben mit ihren Stimmen die erfolgreiche Arbeit von Angela Merkel bestätigt und der Union einen klaren Regierungsauftrag erteilt. Das Wahlergebnis untermauert den politischen Führungsanspruch der Union“, stellt Reimer Böge im Vorfeld der Sitzung fest.

Der Landesvorsitzende freut sich, dass die CDU Schleswig-Holstein künftig mit 11 Abgeordneten im 18. Deutschen Bundestag vertreten sein wird. "Unser Landesergebnis von 39,2% ist ein schöner Erfolg für die gesamte CDU Schleswig-Holstein. Unser Wahlziel - das Ergebnis der Kommunalwahl - haben wir damit erreicht. Es war auch die Grundlage dafür, dass wir zusätzlich zu den neun direkt gewonnenen zwei weitere Sitze im Bundestag erringen konnten," so Böge abschließend.

3.) 17.09.2013 Zurück zur fairen politischen Auseinandersetzung

Nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichts vom 13.09.2013 und dem Landesparteitag des SSW am 14.09.2013 wandte sich der CDU-Landesvorsitzende Reimer Böge in einem Brief an den Vorsitzenden des SSW, Flemming Meyer. Er kündigte Meyer an, die Inhalte seines Schreibens zur Klarstellung auf der Internetseite der CDU Schleswig-Holstein zu veröffentlichen. Die Diskussionen des vergangenen Wochenendes nach der Entscheidung des Landesverfassungsgerichts am 13.09.2013 gaben dem CDU-Landesvorsitzenden Anlass klarzustellen, dass für die CDU Schleswig-Holstein die Existenz einer dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein nie in Frage gestanden habe und auch die Kläger aus den Reihen der Jungen Union hätten dies in ihrer Klageschrift nicht getan. Böge betonte: „Anderslautende anwaltliche Erörterungen während der Anhörung am 19.06.2013 spiegeln nicht die Meinung der Union wider.“ Von der Art und Weise der Formulierung der Resolution des SSW-Landesparteitages am 14.09.2013 sei er sehr betroffen gewesen, schrieb diese jedoch der insgesamt emotionalen Situation zu. Böge wies die Aussage zurück, dass es innerhalb der CDU „mit der Verfassung nicht übereinstimmende Einstellungen gegenüber der Minderheit“ gäbe. Der Landesvorsitzende führte weiter aus, dass Deutschland ein Rechtsstaat sei, in dem jeder Bürger das Recht habe, Wahlergebnisse gerichtlich überprüfen zu lassen. Für die CDU Schleswig-Holstein sei es daher auch selbstverständlich, juristische Urteile im Sinne von Rechts-

frieden und Rechtsicherheit mit Respekt anzunehmen, so wie auch in diesem Fall. Böge bekräftigte, dass die CDU Schleswig-Holstein auch in Zukunft konstruktiv und sachorientiert mit dem SSW und allen anderen demokratischen Parteien zusammenarbeiten werde. Da der SSW und die CDU jedoch durchaus unterschiedliche Auffassungen vieler Sachverhalte hätten, werde eine harte, aber faire politische Auseinandersetzung zwischen den Parteien sicherlich nicht ausbleiben. Böge erinnert zudem an die konstruktive gemeinsame Sitzung der Landesvorstände von CDU und SSW im Februar dieses Jahres und schlug vor, in nächster Zeit ein weiteres Treffen zu terminieren.



Bild 2:

06.09.2013: NORLA-Rundgang und Gedankenaustausch mit Vertretern der Rinderzucht Schleswig-Holstein eG. Reimer Böge hob besonders hervor, dass es die schleswig-holsteinischen Rinderzüchter durch jahrzehntelange konsequente züchterische Arbeit zu einer Spitzenstellung im internationalen Umfeld geschafft hätten.

(Foto: Büro Böge)

4.) 11.09.2013: Europäisches Parlament weist ideologische und hypothetische Berechnung der indirekten Landnutzungsänderung (ILUC) zurück.

In der heutigen Abstimmung über die zukünftige Biokraftstoffpolitik der Europäischen Union hat sich die Mehrheit des Parlaments klar gegen die von der Kommission vorgeschlagenen, stark ideologisch geprägten Methoden zur Berechnung von ILUC ausgesprochen. Hintergrund ist das generelle Ziel, nachdem der Anteil erneuerbarer Energien ab 2020 mindestens 10% gemessen am Energiegehalt des Gesamtkraftstoffverbrauchs betragen muss. Seit Verabschiedung der Richtlinie gab es in vielen Mitgliedstaaten eine emotionale Diskussion über die möglichen Folgen der europäischen Biokraftstoffpolitik. "Für mich sind die Berechnungsmethoden der Landnutzungsänderung in hohem Maße ideologisch geprägt", so der schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Reimer Böge (CDU). "Diese theoretischen Berechnungsmodelle basieren auf einer großen Anzahl von Annahmen, Unsicherheiten und fehlerhaften Daten. Auf einer solchen Grundlage kann keine ordentliche und sachgerechte Politik gestaltet werden. Wer mit solchen Modellen arbeiten will, muss eine Prüfung nach neuesten und wissenschaftlich belastbaren Erkenntnissen akzeptieren."

Böge weiter: "Am Beispiel des Rapsanbaus in Schleswig-Holstein wird deutlich, dass die ILUC-Faktoren dazu führen, dass Treibhausgasemissionen aus Regenwaldrodungen unserem Raps angelastet werden. Das kann es nicht sein. Im Gegenteil: Derzeit stammt ein Drittel der deutschen Eiweißfuttermittel aus der Nebenproduktion von Biokraftstoffen. Eine Tonne Raps liefert 60% Rapschrot und 40% Öl. Der Raps als Tiefenwurzler lockert den Boden auf, ist Stickstoffsammler und dadurch in der Lage, den Getreideertrag der Folgefrucht Weizen um mehr als 10% zu steigern. Die Agrarreform fordert eine verbesserte Fruchtfolge! Auch deshalb ist der Raps aus einer guten Fruchtfolge nicht wegzudenken. Allein dadurch relativieren sich die Vorwürfe einer erzwungenen Landnutzungsänderung ganz entscheidend." Weiter begrüßte Böge die Beschlüsse zur Kappung für Biokraftstoffe: "6% für Biokraftstoffe der ersten Generation sowie mindestens 2,5% für fortschrittliche Biokraftstoffe in 2020 sind ein wichtiges Signal. Die Produktion von Biokraftstoffen bleibt somit in einem verträglichen und angemessenen Rahmen erhalten." Erste Priorität der landwirt-

schaftlichen Produktion sei und bleibe die Produktion von Lebensmitteln, so Böge, jedoch seien getätigte Investitionen jetzt gesichert.

Abschließend fasst Böge zusammen: "Bei dem heute abgestimmten Bericht konnte unsere EVP-Fraktion in wichtigen Teilen positive Änderungen durchsetzen. Dass wir nun den Bericht äußert knapp durchs Plenum gebracht und eine zweite Lesung erzwungen haben, gibt uns die Chance, an den entscheidenden Stellen weiter nachzubessern."



Bild 3:

26.08.2013: Kreisbereisung Dithmarschen. Reimer Böge besuchte u.a. das SASOL-Werk und das Wasser- und Schifffahrtsamt. Hier mit: Jens-Christian Magnussen, MdL, CDU-Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Dithmarschen Süd, Mark Helfrich, Bundestagskandidat im Wahlkreis Steinburg/Dithmarschen, Peter Hollmann, CDU-Fraktionsvorsitzender und Olaf Hiel, CDU-Ortsvorsitzender in Brunsbüttel.

(Foto: Büro Böge)

5.) 04.07.2013: Datenschutz der Bürger steht im Vordergrund

Der CDU-Landesvorsitzende Reimer Böge, MdEP begrüßte, dass trotz der Diskussionen über den Einsatz von US-Spähprogrammen in Deutschland und Europa die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika am kommenden Montag beginnen: „Das geplante Freihandelsabkommen ist von großer Bedeutung für die deutsche Wirtschaft. Es kann in der Exportnation Deutschland für zusätzliches Wachstum sorgen und neue Arbeitsplätze schaffen,“ sagte Böge nach der Abstimmung im Europäischen Parlament in Straßburg. Jedoch auch die USA hätten ein starkes Interesse an einem positiven Ausgang der Verhandlungen. Daher böten die Gespräche die große Chance, parallel Verhandlungen über Fragen des Datenschutzes, aber auch des Umgangs unter Partnern zu führen. Die Vereinigten Staaten müssten die Vorgehensweise und das Ausmaß der Überwachung transparent darstellen. Nur so könnten sie verloren gegangenes Vertrauen der deutschen und europäischen Partner zurückgewinnen.

„Mit den USA werden wir verbindliche Absprachen zum Umgang mit den Daten unserer Bürgerinnen und Bürger und der deutschen und europäischen Unternehmen treffen müssen. Der Schutz der Daten und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sollten dabei im Vordergrund unserer Überlegungen stehen,“ forderte Reimer Böge. Vonseiten der Europäischen Union würden sich zwei Untersuchungsgruppen der Aufklärung der Vorgänge widmen, kündigte Böge abschließend an.

6.) 03.07.2013: Keine Lockerung der Kabotageregeln zu Lasten der Arbeitnehmer

Anlässlich der aktuellen Diskussion um die Liberalisierung der Kabotageregeln sprach sich der CDU-Landesvorsitzende Reimer Böge, MdEP klar gegen eine Lockerung aus:

„Als Europapolitiker bin ich von den langfristigen Vorteilen eines vollendeten Binnenmarkts für die Bürgerinnen und Bürger überzeugt. Gleichzeitig ist mir jedoch bewusst, dass die Rahmenbedingungen für einen fairen Wettbewerb aktuell noch nicht gegeben sind und der Gesetzgeber deshalb gewisse Schranken setzen muss, um eine Gefährdung der Balance im Binnenmarkt auf Kosten der

deutschen Wirtschaft und Arbeitnehmer zu verhindern.“ Aus diesem Grund unterstütze er auch die aktuellen europäischen Beschränkungen in der Kabotage, sagte Böge. Diese regeln die Bedingungen, unter denen Unternehmen in anderen Mitgliedsstaaten Transportdienstleistungen anbieten und durchführen dürfen, und sollen Sozialdumping unter Ausnutzung des noch immer großen Lohngefälles zwischen den Mitgliedstaaten vermeiden.

„Das Ansinnen der Kommission, die Kabotageregeln zu lockern, ist in den vergangenen Monaten auf massiven, fraktionsübergreifenden Widerstand im europäischen Parlament gestoßen“, berichtete der schleswig-holsteinische Europaabgeordnete. Mit Erfolg: vor wenigen Wochen habe der zuständige EU-Kommissar Siim Kallas von seinem Plan Abstand genommen, bis Ende 2013 Vorschläge zur Lockerung der Kabotageregeln im Straßenfernverkehr vorzulegen. Stattdessen werde die Kommission nur ihrer rechtlichen Verpflichtung zur Vorlage eines Berichts zur Überprüfung der aktuellen Regeln nachkommen. „Wir werden den Bericht des Kommissars genau prüfen und dann schauen, inwieweit eine weitere Liberalisierung zu Lasten der Transportunternehmen und Arbeitnehmer ausfällt,“ kündigte der CDU-Landesvorsitzende an.

"Die Vorlage des Kommissionsberichts wird Gelegenheit geben, über die Entwicklung dieses Sektors im Binnenmarkt umfassend zu diskutieren und gleichzeitig die notwendige Balance im Hinblick auf den Vollzug der EU-Sozial- und Straßentransportregelungen sicher zu stellen. Dazu gehört auch, definitiv unlauteren Wettbewerb zu verhindern. Bei künftigen neuen Rechtsvorschriften im Transportbereich muss die Balance zwischen Binnenmarkt und der Gewährleistung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Berufskraftfahrern gewährleistet sein", sagte Reimer Böge abschließend.



Bild 4:

26.08.2013: Kreisbereisung Dithmarschen. Themen u.a. waren der Rückbau des Kernkraftwerkes, die Chancen der Region im Bereich der Windenergie und Offshore-Anlagen, der Weiterbau der A20 mit dem Elbtunnel bei Glückstadt, der sechsspurige Ausbau der A7 und der dreispurige Ausbau der B5 sowie die Schleusensanierung auf der Tagesordnung.

(Foto: Büro Böge)

Terminauswahl:

12.08.2013	Gespräch bzgl. der Krankenhäuser in Schleswig-Holstein, Kiel
15.08.2013	Wahlkampftermin mit Angela Merkel, Lübeck
16.08.2013	Wahlkampftermin mit Angela Merkel, Ostseekai, Kiel
19.08.2013	Fraktionssitzung CDU Herzogtum Lauenburg, Mölln
20.08.2013	Verkehrskonferenz des Wirtschaftsrates Schleswig-Holstein, Kaltenkirchen
21.08.2013	Sommerempfang des Handwerks Schleswig-Holstein, Kiel
23.08.2013	Gespräch mit dem Präsidenten und dem Hauptgeschäftsführer der IHK Kiel
23.08.2013	Kreisparteitag Pinneberg
26.08.2013	5 Termine im Rahmen der Kreisbereisung, Brunsbüttel
02.09.2013	Treffen mit dem "Kabinett Albig", Brüssel
03.09.2013	Vorstandssitzung der deutschen CDU/CSU-Gruppe im EP, Brüssel

04.09.2013	Gespräch mit 32 Schülern der Johann-Comenius-Schule aus Pinneberg, Brüssel
06.09.2013	Interview mit dem Rinderzuchtverband Schleswig-Holstein, Rendsburg
06.09.2013	Landesbauerntag & NORLA-Rundgang, Rendsburg
07.09.2014	CDU-Infostand, Bad Bramstedt
07.09.2014	CDU-Infostand, Bad Oldesloh
07.09.2014	CDU-Infostand, Lübeck
07.09.2013	Kreisparteitag Herzogtum Lauenburg
13.09.2013	Veranstaltung der MIT-Flensburg und des CDU-Kreisverbandes Flensburg zur Verkehrsinfrastruktur, Flensburg
14.09.2013	CDU-Infostand, Flensburg
18.09.2013	Offizielle Besuchergruppe Europa-Union Norderstedt, Brüssel
21.09.2013	Wahlstandbesuche, Plön, Ascheberg, Wankendorf
23.09.2013	CDU-Bundesvorstandssitzung, Berlin
27.09.2013	Kreisparteitag Segeberg
27.09.2013	Verleihung des Titels "Europaschule", Berufliche Schule Elmshorn
30.09.2013	Jahrestreffen der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tierzüchter, Brüssel
02.10- 03.10.2013	Abstimmung des Haushaltsplans für 2014 im Haushaltsausschuss des EP, Brüssel
07.10.2013	Vorstandssitzung CDU/CSU-Gruppe, Straßburg
09.10.2013	Außerordentliche Sitzung des Haushaltsausschusses, Straßburg
15.10.2013	Treffen der schleswig-holsteinischen Europaabgeordneten mit Kommissionsvertretern zum Schmallenbergvirus, Brüssel
22.10.2013	Gespräch mit den Dolmetschern der "deutschen Kabine", Straßburg
22.10- 23.10.2013	EVP-Fraktionssitzungen, Straßburg
25.10.2013	Bereisung der Projektgesellschaft Norderelbe mbH, Itzehoe, Kreis Pinneberg
25.10.2013	Tagung zur Nordeuropäischen Verkehrsinfrastruktur, Flensburg
26.10.2013	CDU-Mitgliederversammlung, Neumünster
26.10.2013	Schleswig-Holstein Tag der Jungen Union, Bad Oldesloh
01.11.2013	Verkehrsinfrastrukturkonferenz, Padborg, Dänemark

Für weitere Informationen:
<http://www.reimerboege.de>
<http://www.epp-ed.eu/home/de/default.asp>
<http://www.europarl.ep.ec/>

Impressum:
 Verantwortlich i.S.d.P. für diese Seiten:
 Peter Steven
 Tel: 00322/ 2845326
 Fax: 00322/ 2849326
 Email:reimer.boege@europarl.europa.eu
 Internet: <http://www.reimerboege.de>